Saar-Post

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

DESPAT ATQUE FOVET 18 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher 70 u. 82. Postfach 38.

Monatlich ohne Bringerlohn: 2 mal Morgen und Abend Fr. 11,40 Franken preise: Die Sechsgespaltene 40 mm-Zeile 0,45 Fr., Deutschland 10 Pfg. Amtliche Anzeigen 50 Cts.

Nr. 52. Saarlouis, Samstag, den 5. März 1927. 56. Jahrgang.

Deutsch-polnische Fragen.

Genf, 4. März. Da der Vorsitzende des Gemischten Deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofes seinen Rücktritt eingereicht hat, haben die beiden Regierungen den Generalsekretär des Völkerbundes gebeten, auf die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung noch die Ernennung eines neuen Vorsitzenden des gemischten Deutsch-polnischen Schiedsgerichtshofes zu setzen. Die Frage ist in Artikel 304 des Versailler Vertrages geregelt, welcher bestimmt, daß der Vorsitzende eines Schiedsgerichtshofes in Uebereinstimmung mit den beiden beteiligten Regierungen ernannt werden soll und daß im Falle einer Nichtübereinkunft eine Uebereinstimmung nicht erzielt wird, der Völkerbundsrat die Ernennung vornimmt. Eine Einigung zwischen beiden Regierungen war nicht erzielt worden.

Deutschennunterdrückung in Polen.

Warschau, 4. März. Wie einem ungekennzeichnen Mitteilungsblatt polnischer Vereinsangelegenheiten gemäß einem Erlaß des Ministers des Innern hervorgeht, hat der Wojewode von Pommerellen, Grabski, Verfügungen gegen die „Deutsche Volksbibliothek" aufgenommen haben, weil bei Hackel eine Eintragung zur Tätigkeit des Vereins für das Deutschtum im Ausland gefunden wurde. Die Bestimmte des Hackel beim Direktor Kerstenmacher wurde als berechtigt anerkannt und die Bibliothek als ein Verein, der sich mit Fragen beschäftigt, Verboten hat die Wojewodschaft die Vereinsfreiheit gegen den Verein „Deutsche Bibliothek" Hackel polnischer Staatsbürger ist und sein gesamtes Vermögen in Polen besitzt und sogar keinen Zweigverein in Polen gegründet.

Das friedliche Polen — Militärische Jugendausbildung.

Warschau, 4. März. Die pharmazische Polen bedarf, seine Jugend militärisch zu schulen, engagiert sich nun in Militärlagern der polnischen Presse. Der Militärische Rat Major (Rade Nakowa) der polnischen Erziehung ist durch die Verordnung des Ministerrates vom 26. 1. 27 ins Leben gerufen worden. Die Militärlager hat neuen Gesetzes über die physische Erziehung und militärische Vorbereitung des Volkes Gesetzes in vollem Umfang verwirklicht. Die Lager sollen sind die schon in allen größeren Städten, die Lemberg, Krakau, Posen, Wilna und Katowice, erstandenen Zentren der Vorbereitenden Erziehung. Das Lager Zentrum ist am 13. Februar auch in Warschau eröffnet worden. Nach einem Bericht der in der „Polnischen Zeitung" vom 15. 2. veröffentlicht wird, hat der Schlesienverband die Bäuerinnen in einer Reihe von Kursen auf den verschiedenen Gebieten ausgebildet, die eine wirkliche die militärische Ausbildung, die Hygienische Ertüchtigung, Sport, sozialer Probleme und Berufsausbildung.

Englands Politik auf dem Balkan.

Belgrad, 4. März. „Politika" veröffentlichte heute den angeblichen Bericht des englischen Gesandten in Sofia, Kaflamanos, an den englischen Außenminister über Rücksprache, die er vom englischen Außenministerium erhalten habe. Die englische Regierung habe nämlich Kenntnis erhalten bei dem Foreign Office Mitteilungen über ein Verhalten zu den verschiedenen aktuellen Fragen der Balkanstaaten lassen. Der Bericht Kaflamanos lautet:

1. Verhandlungen mit Bulgarien, wenn möglich Abschluß eines Freundschaftsvertrages. In dieser Richtung mit die Zeitungen sich bereits Mühe gegeben.
2. Mit der Türkei gute Beziehungen zu sichern, indem alle noch ungelösten Fragen geregelt werden, die die Beziehungen stören können, auch zum Nachteil Griechenlands.
3. Den Vertrag mit Jugoslawien nicht unterzeichnen. Diese Frage wird der Völkerbund regeln und überhaupt die Interessen und den Standpunkt Griechenlands in Betracht ziehen. Großbritannien wird sich zugunsten Griechenlands einsetzen.
4. Mit Italien keine Mißverständnisse verursachen. Die Dodekanesfrage wird zugunsten Griechenlands geregelt, sobald das Gleichgewicht im Mittelmeer wieder hergestellt ist. Die Regelung wird durch die Intervention von Großbritannien erfolgen.
5. Interessenausgleich am italienisch-albanischen Vertrag.

Die Veröffentlichung dieses Dokumentes über Rücksprachen der Hohen Vertreter der Gesandtschaften Griechenlands erhalten kommt, hat jetzt in Belgrad begreiflichen Aufsehen erregt, da man dort einen neuen Schlag gegen Griechenland, daß England im Einverständnis mit Italien auf die Zerstörung Jugoslawiens hinarbeitet, um auf diese Art den französischen Einfluß auf dem Balkan zu unterjochen.

Schwierige Lage in Schanghai.

Amsterdam, jetzten Norden und Süden

Paris, 4. März. Der Schanghaier Berichterstatter des „Petit Parisien" telegraphiert einem Blatte, daß die Lage von Schanghai sich verschlimmert hat. Gewisse Unterführer Sun-Tschuan-fang-Tschu wollen sich, an der Seite der Nordtruppen zu kämpfen und die Mannschaften hätten sich geweigert. In der Provinz Hunan seien Verzweigungsstelle zwischen Nordern und der Armee Wuyeifus stattgefunden haben. Ein Teil der Armee Wuyeifus sei Schanghaitsin zum geblieben. Auch zwischen der extremen und der gemäßigten Richtung der Kuomintanpartei soll es zu Zusammenstößen gekommen sein. Der Berichterstatter glaubt, daß sich darauf die gemäßigten Elemente Kantons mit Tschangkaisches vereinigen können, um eine nationale Einheitsfront gegen die Nordländer herzustellen.

Danzig und Polen.

Warschau, 4. März. Bei der Aufführung des Schwank „Ausfuge Bagdadbuch" in einem Danziger Theater ist es zu einer Demonstration gekommen. Einige Personen gestoßen auf der Bühne die polnische Flagge aufrieb worden, was die polnische Presse als schwerste Beleidigung des polnischen Nationalgefühls bezeichnet und daß die polnische Gesandtschaft Polen eine heftige Kundgebung gegen die Danziger Senatsregierung zu verlangen.

Die Danziger Denkschrift an den Völkerbund

Danzig, 4. März. Nachdem die Danziger Delegation am Mittwoch die Denkschrift des Senats über den Bau des Hafens Gdingen und die Verletzung der zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträge in Danzig übergeben hatte, haben am Donnerstag eingehende Verhandlungen über den Wortlaut der Denkschrift stattgefunden. Am Freitag wird das Danziger Tatsachenmaterial beginnen. Für diese Verhandlungen wird der Ausschuß des Finanzkomitees eingesetzt, ein Unterausschuß gebildet worden, der sich aus den Finanzsachverständigen Dänemark, Schweiz, Japan und Mexiko zusammensetzen. Es ist bekannt, daß Mitglieder von diesen Vertreter mitteilen, daß die Denkschrift des Senats einen sehr günstigen Eindruck gemacht habe und daß der Hafen Gdingen, daß Danzig Hafen als die Grenze seines Entgegenkommen gegangen sei.

Um eine polnische Anleihe in Amerika.

Newyork, 4. März. „Newyork Herald" meldet, daß man in Berliner Bankkreisen über das Bestehen Polens, eine neue Anleihe im Betrage von 50 bis 100 Millionen Dollar zu erhalten, sehr beunruhigt sei. Abgesehen von den Schulden, die durch die unsichere Finanzlage Polens bestehen, sei die Tatsache, daß Polen noch immer pflegterer durch den Bankrott der Kronende des Danzigerkonflikts, eine neue Anleihe, die durch die Weltwirtschaftskonferenz fähiger geteilt werden soll, im geeigneten Augenblick aufzunehmen.

Streiflichter.

J. S. Saarlouis, 5. März

Die Genfer Ratstagung.

Heute werden die Außenminister der wichtigsten im Völkerbund vertretenen Länder in Genf einkreisen. Wenn auch der bevorstehenden Ratstagung, deren offizielle Tagesordnung in der Hauptsache Saarfragen und die Frage der deutschpolnischen Spannung enthält, nicht die Bedeutung beigemessen wird, die einer Reihe ihrer Vorgänger, so darauf kann man hier Hoffnung, daß die Außenminister persönlich an Beratungen teilnehmen, daß dadurch wichtige Fragen zu beiseiten sind. Auf jeden Fall — das kann wohl gesagt werden — dürfte das deutsche Programm nichtsdestoweniger nie das offizielle. Was das letztere betrifft, so wird es im Saargebiet aufsehig begrüßt werden, daß die Völkerbundsrat sich zum einmal gegen Frankreich durchsetzte und man von dem französischen Militär, auf dessen unbeschränkten Aufenthalt im Saargebiet immer wieder hingewiesen werden muß, befreien wurde. Allerdings wissen wir es entschieden abzulehnen, daß die offizielle militärische Besatzung durch eine Reihe, in Form eines „Bataillonchen", abgelöst würde. Es ist erfreulich, daß der Saarbevölkerung Nichtsnutzer Berufung auf den Versailler Vertrag ebenfalls ganz entschieden gegen einen derartigen Plan ausgesprochen hat. Was uns im Saargebiet weiter auf der Ratstagung Rationalen, Saarfragen interessiert, das ist die Besetzung des Präsidentenposten. Wenn es sich demnächstens heißen, daß der Nachfolger Stephens wieder ein Franzose sein soll, so kann man nur wünschen, daß bisherigen Erfahrungen wohl berücksichtigen in der Weise, daß derselbe sich von dem gleichen Geiste der Gerechtigkeit leiten läßt wie Stephens. Auch in dem Fall muß entschieden verfehlt werden, daß durch die Ernennung eines Franzosen die Gefahr entsteht, daß französische Einflüsse nicht noch mehr hinein, denn schon die fortwährenden Beteuerungen der leitenden Politiker, daß Frankreich an der Trennung Deutschlands im Völkerbund einen Stein halten sollen, denn wäre mit Recht, wie die „Germania" bemerkt, es wäre ein Fehler, wenn man es in Frankreich, bei der Sache gegenüber neutrale Mitglieder sind.

Die deutschpolnische Spannung, die neben der Auswanderungsfrage das wichtigste Kongreßen der Polen angen bleibt, in Polnisch-Oberschlesien lebenden Polen, die Polen ihnen in deutsche Schulen wollen, entfachen ist, diese für den Frieden wichtigen Gebiete Polen sein, daß er mit einem mehr oder weniger kolonialen Sinnes, aber

„Hieher gehört, mit einem kurzen Kompromiß für Deutschland zu erledigen gehört. Da das Recht auch in diesem Fall wieder auf und ganz auf seiten Deutschlands liegt, so werden die deutschen Vertreter wohl kaum für ein Kompromiß zu haben sein, bei dem letzten ihrem Deutschland doch wieder der alleinige Zeit ist. Hoffentlich wird jedoch die vorgelegte Kompromißvorschlag mit dem polnischen Ministerpräsidenten an einer zwischenzeitlichen Aktion ausgeschlossen und in Bezug auf die unterbrochenen deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen.

England — Rußland.

Im Mittelpunkt der politischen Erörterungen der letzten Wochen bildet die Auseinandersetzung zwischen der englischen und russischen Regierung. England, daß sich durch die russische Agitation für die Weltrevolution bedroht fühlt und das die unvertraulichen Tage, in die es in China geraten ist, der gleichen bolschewistischen Propaganda zuschreibt, hat eine entschiedene Note an die Sowjetregierung gerichtet, die sich gegen die russischen Machenschaften, die es als eine unerhörte Einmischung in innere englische Angelegenheiten ansieht, entschieden verwahrt und sogar mit dem Abbruch der Beziehungen zwischen Großbritannien zu Rußland gedroht. Diese Art des englischen Vorgehens, die eigentlich gar nicht in den Rahmen der bisherigen englischen Politik paßt, hat in Deutschland, wo man ja ziemlich gegenüber — gegen die ganze Versöhnlichkeit